

Fragwürdiger Einsatz für Wärmepumpen

Energiewende: „Voriges Jahr wurden mehr als 600 000 Gasheizungen verkauft“, FR-Politik vom 11. Februar

Energieexperte Martin Pehnt bedauert zu recht, dass allein im Jahr 2022 mehr als 600 000 Gasheizungen verkauft wurden. Hier spiegelt sich das Versagen der alten und der neuen Bundesregierung, die es „versäumt“ hat, die wirkliche Energie- und Wärmewende rechtzeitig einzuleiten. Stattdessen hätten es 600 000 Wärmepumpen sein sollen, fordert der Wissenschaftliche Geschäftsführer des Instituts für Energie- und Umweltforschung (ifeu) und Mitglied im Fachrat Energieunabhängigkeit, der die Bundesregierung berät.

Allerdings sind Wärmepumpen nicht nur bis zu sechsmal so teuer wie neue Gasthermen und erfordern im Altbaubestand einen erheblichen und damit teuren nachträglichen Dämmaufwand. Grüner Strom ist absehbar nicht verfügbar, selbst wenn der Windenergieausbau so radikal erfolgen sollte wie von der

Ampel geplant. Denn es soll künftig ausschließlich mit Strom gefahren und produziert werden. Und gerade im Winterhalbjahr wird zum Heizen mit Wärmepumpen viel Strom gebraucht, also dann, wenn oft „Dunkelflaute“ herrscht.

Um diesen Strombedarf zu decken, sieht Pehnt den Bau neuer Gaskraftwerke vor, während er die noch bestehende Förderung von Gasheizkraftwerken kritisiert. Zugleich wird offensichtlich, dass es gar nicht um Klimaschutz geht. Denn während Gasheizkraftwerke hocheffizient und konkurrenzlos günstig Strom und Wärme produzieren (mit Anschlusskosten von etwa 2000 Euro, bezahlt über die Wärmepreise), problemlos u.a. auf Tiefengeothermie-, Biomasse- und Brennstoffzellenbetrieb umgerüstet werden können und einen Wirkungsgrad von nahezu 100 Pro-

zent erreichen, verschwenden Gaskraftwerke über 50 Prozent der verbrannten Primärenergie als Abwärme. Für eine Einheit Strom müssen zwei Einheiten Primärenergie verbrannt werden. Ineffizienter geht es kaum.

Der ganze Schwindel dieser angeblichen Energiewende wird deutlich, wenn man realisiert, dass die neuen Gaskraftwerke weder „wasserstoffready“ noch „grüngasready“ gebaut werden sollen und können und der dazu angedachte Import gigantischer Mengen Wasserstoff oder Ammoniak über zehntausende Kilometer per Schiff weder in der Produktion absehbar ist noch bezahlbar sein wird. Verständlich wird dieser mehr als fragwürdige Einsatz für Wärmepumpen und Gaskraftwerke, wenn man realisiert, dass die großen Energiekonzerne mit diesem Modell Milliarden verdienen. Heidger Brandt, Emkendorf

An ihren Taten soll man sie messen

Rechtsextreme Regierungen: „Norditalien festigt die Position von Giorgia Meloni“, FR-Politik vom 14. Februar

Italien wird rechtsextrem regiert. Das kann man daran erkennen, dass Seenotretter:innen keine Ertrinkenden retten dürfen, sobald sie gerettete Schiffbrüchige an Bord haben. Dann müssen sie direkt einen sicheren Hafen ansteuern. Egal wie viel Platz sie noch haben und an wie vielen Ertrinkenden sie vorbeikommen. Man kann die rechtsextreme Gesinnung auch daran erkennen, dass die italienische Regierung nicht ihre staatlichen Rettungsschiffe losschickt, sobald jemand

in Seenot gerät. Die rechtsextreme Gesinnung beginnt sogar noch früher: wenn die Regierung Waffen an Diktatoren verkauft und damit das Elend verursacht, vor dem die Menschen fliehen müssen. Oder wenn sie nicht das tut, was nötig ist, um die Heißezeit zu verhindern. Oder wenn sie zulässt, dass Menschen ausgebeutet werden können.

So betrachtet ist vielleicht nicht nur die neue italienische Regierung rechtsextrem, sondern auch viele ihrer Vorgänger.

Und es sind nicht nur die italienischen Regierungen menschenverachtend und rassistisch. Sondern alle Regierungen, die so handeln. Egal ob sie sich sozial- oder christdemokratisch oder wirtschaftsliberal nennen. Entscheidend ist nicht, wie etwas heißt. Sondern wie die Leute handeln.

Doch die Demokratieverächter schaden sich selbst. Denn Menschenrechte gelten für alle gleichermaßen oder für niemanden.

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

Die Diktatoren dieser Welt schauen genau zu

Wie erreichen wir Frieden für die Ukraine? Erwiderung auf „Wenn das Gegenüber nicht reden will“, FR-Forum vom 9. 2

Wir helfen der Ukraine, weil sie überfallen wurde

Ich bin Herrn Beuter sehr dankbar für seinen Leserbrief. Auch ich bin Kriegsdienstverweigerer wie Herr Beuter und bezeichne mich ebenfalls als Pazifist. In meinem Verfahren 1966 stellte mir das Anerkennungstribunal die – eigentlich verbotene – Frage, was ich machen würde, wenn ich mit meiner Freundin unterwegs sei und wir angegriffen würden mit dem Ziel, meine Freundin zu vergewaltigen. Ich stellte damals klar, dass ich dann zwar kaum eine Waffe bei mir tragen würde, ich aber meine Freundin und mich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werde.

Ich halte die Meinung von Menschen, die meinen, man dürfe der Ukraine keine oder nur „leichte“ Waffen liefern, und stattdessen auf Verhandlungen setzen, für reichlich arrogant. Es ist und bleibt die Entscheidung der Ukraine, ob sie ihr souverän und völkerrechtlich zustehendes Staatsgebiet verteidigen oder aufgeben will. Und ob wir einem

überfallenen Land die notwendige Unterstützung gewähren oder nicht, ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Über die Motive der russischen Führung ist bereits genug bekannt. Darauf muss ich hier nicht mehr eingehen. Aber ein Pazifismus, der Waffen für ein überfallenes Land ablehnt, ist verlogen. Wolfgang Meckel, Tornesch

Die gesamte Weltordnung droht zu kippen

Ich kann Leserbriefschreiber Martin Beuter nur hundertprozentig Recht geben. Von einem Räuber, Mörder, Vergewaltiger, der ein ganzes Land bedenkenlos zerstört, ein Volk versklavt und ein anderes versklaven will, werde ich mich nicht erpressen lassen. Es wäre mein eigener Untergang. Ich werde das Opfer, die Ukraine, mit allen Kräften unterstützen, sich zu wehren und sich zu befreien. Schon im eigenen Interesse. Die aggressiven Diktatoren dieser Welt schauen sehr genau zu. Ein Xi Jinping wird sich als nächster ermutigt fühlen, Taiwan anzu-

greifen. Und damit kippt die gesamte Weltordnung.

Mit allen Kräften helfen heißt: Panzer, Raketen, Flugzeuge. Selbstverständlich – und leider. Angesichts der tödlichen Bedrohung endet hier mein Pazifismus – und endet die Angst um meinen Wohlwohlstand. Ich als Deutscher, dessen Elterngeneration die Ukraine zerstört hat – so wie sie jetzt zerstört wird –, schäme mich angesichts eines Staatslenkers, der das alles nicht begreift und der zögert, ablenkt und blockiert, wo er nur kann. Einen anderen Weg gibt es gegenwärtig leider nicht. Der Aggressor wurde vor seiner Tat von allen Seiten bestürmt, es hat unzählige Telefonate gegeben mit allen möglichen Staatslenkern der Welt, um ihn von seiner Tat abzuhalten – es hat nichts genützt. So viele diplomatische Friedensbemühungen wie vor Russlands Angriff auf die Ukraine kenne ich von keinem Fall, von keinem anderen historischen Moment vor Ausbruch eines Krieges!

Manfred Bonson, Lüdinghausen

Diskussion: frblog.de/ausweg-ukraine



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/fz20230213

FR ERLEBEN

Florian Leclerc und Georg Leppert moderieren zusammen mit dem Medienmanager Bernd Reisig die Talks zur OB-Wahl. Tickets unter berndreisig.de
Mit Manuela Rottmann (Grüne)
Donnerstag, 16. Februar, 19 Uhr,
Mike Josef (SPD)
Freitag, 17. Februar, 19 Uhr,
SAE-Institute, Hanauer Landstr. 123 a Frankfurt

Jan Christian Müller ist am zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“.
Sonntag, 19. Februar, 11 Uhr,
Sport 1-TV

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur OB-Wahl: Uwe Becker (CDU), Manuela Rottmann (Grüne), Mike Josef (SPD), Daniela Mehler-Würzbach (Linke) und Yanki Pürsün (FDP),
Montag, 20. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5 Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „2. Frankfurter Demokratiekonvent: Ein Jahr danach – was ist passiert? Frankfurts Bürger:innenrat zieht Bilanz“ mit den Magistratsmitgliedern Bastian Bergerhoff, Rosemarie Heilig und Eileen O’Sullivan sowie Vertreter:innen der Initiative „Mehr als wählen“.
Montag, 27. Februar, 19 Uhr
Evangelische Akademie Römerberg 9, Frankfurt

Eine Chance wurde vertan

Zu: „EU schottet sich weiter ab“, FR-Politik vom 12. Februar

Die Europäische Union entscheidet sich für eine restriktivere Migrationspolitik statt für eine kooperative, zukunftsfähige Friedens- und Versöhnungspolitik. Wenn nun EU-Außengrenzen wieder rigoros abgescottet und Flüchtlinge noch schneller abgeschoben werden sollen, mögen rechtspopulistische und konservative Staats- und Regierungschefs in Italien und Österreich das als „großen Erfolg“ feiern. Aber dass ein deutscher Bundeskanzler so verklausuliert und schwafelig daherredet, enttäuscht sehr, gerade auch, weil Scholz bisher so besonnene, unaufgeregte Politik viel Anerkennung fand. Chance leider vertan! Hier wäre endlich Gelegenheit gewesen, international für eine friedenspolitisch erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit zu werben. Statt immer weiter das Beste aus den ehemaligen Kolonien herauszuquetschen und dann im Sinne einer einseitigen Wertschöpfungskette teuer wieder zurück zu verkaufen, sollten endlich fairer Handel und Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Mittelpunkt internationaler Politik stehen.

Migrationsprobleme und Flüchtlingsleid wären dadurch bestimmt menschlicher und nachhaltiger zu lösen als durch menschenverachtende Abschottung, beschleunigte Asylverfahren und zweifelhafte „Infrastruktur“ an den EU Außengrenzen.

Dieter H. Höper, Sittensen

Popmusik auf dem Index

Erwiderung auf „Am Ende bleibt nur Schweigen übrig“, FR-Forum vom 7. 2

Der walisische (ausgerechnet!) Rugbyverband will das Lied „Delilah“ ihres berühmten Landsmanns nicht mehr spielen. Ich stimme Leser Erdmann voll zu, wenn er meint, unser Urteilsvermögen würde unterschätzt, wie diese Eifersuchtsballade gemeint ist. Es ist ein Jammer, wie unsere Differenzierungsfähigkeit immer mehr abhanden zu kommen scheint. Demnach müsste fast die gesamte Popmusik der letzten 60 Jahre auf den Index. Sie hat als Katalysator für sehr starke von der Liebe ausgelöste Gefühle gedient, wozu auch Rache- und Hassgefühle gehören. Das ist ein gewaltiger Unterschied zu Gewaltfantasien, die tatsächlich zum Töten aufrufen.

Dass z.B. die Stones die Rolle der Bad Boys annahmen, wusste man, aber auch die Beatles texteten „Run for your life“. Allerdings gab’s da noch keinen Harvey Weinstein bzw. wusste man noch nichts von ihm, auch nicht von Femiziden. Die Sensibilisierung in Bezug auf „Liebes“-Dinge mit ihren schrecklichen Schattenseiten war noch nicht so ausgebildet. Jetzt muss man aufpassen, nicht ins Gegenteil zu verfallen und statt zu wenig zu viel zu sehen. Ilona Horn, Marburg